

Zur Philosophie und Strategie des Projektes »Wir sind Deutschland« Warum diese Kampagne jetzt an der Zeit ist und wie sie laufen soll

1. Unterstützt von zahlreichen Verlagen der Printpresse, privaten TV-Sendern und Prominenten aus Sport, Show-Geschäft, Wissenschaft und Kunst publiziert seit einigen Wochen unter dem Slogan »Du bist Deutschland« eine Initiative doppelseitige Anzeigen und Spots im Fernsehen und Kino. Sie möchte damit eine Gegenbewegung in Gang setzen gegen ihrer Ansicht nach in Deutschland weit verbreitete Passivität, Lethargie und Pessimismus im Bezug auf Zukunftsherausforderungen und -aussichten. Anhand von Beispielen herausragender Spitzenleistungen soll ein Impuls vermittelt werden, sich auch solche außergewöhnliche individuelle Leistungen zuzutrauen. [www.du-bist-deutschland.de]
2. Wie auch immer man diese Kampagne und ihre Philosophie beurteilen mag: Durch die Identifikation des Einzelnen mit dem ganzen Land im Namen der Initiative wird der Eindruck erweckt, die gegenwärtigen deutschen Probleme hätten ihre Ursache in *individuellen* Befindlichkeiten und könnten durch Appelle, diese zu ändern, überwunden werden.
3. Nach der Ansicht der Philosophie, von welcher das Projekt »Wir sind Deutschland« getragen ist, trifft dieser Ansatz allenfalls die Hälfte der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Denn diese bildet außer ihrem *Individualpol* mit den Fähigkeiten der Einzelnen, die sie in der Arbeit einsetzen, auch einen *Sozialpol*, der alle mündigen Bürgerinnen und Bürger, d. h. die ganze Rechts-gemeinschaft umfasst, insofern sie in der Demokratie die verantwortliche Instanz geworden ist für die Gesetzgebungen des Landes [= *Volkssouveränität*].
4. Dieser Verantwortung kann das Volk jedoch nur gerecht werden, wenn es die Gesetzgebungen nicht nur seinem Parlament überlässt, sondern wenn es sich vorbehält, auch selbst, unmittelbar, die Rechtsgrundlagen zu bestimmen, welche den Rahmen darstellen für alles, was das Zusammenleben und Zusammenarbeiten der Menschen, die einem Gemeinwesen zugehören, betrifft [= *Popularvorbehalt*].
5. Diese entscheidende Bedingung für eine Demokratie auf der Höhe der Zeit fehlt in Deutschland noch immer, obwohl das Grundgesetz, freilich ohne sie auszugestalten und dadurch erst verfügbar zu machen, die *Volksgesetzgebung* vorsieht [GG Artikel 20 Absatz 2].
6. Nun hat am 18. Oktober 2005 mit der Konstituierung des 16. Bundestages seit Gründung der BRD 1949 eine neue Legislaturperiode begonnen. Und sogleich hat der neugewählte Bundestagspräsident Dr. *Norbert Lammert* in der Rede zu seinem Amtsantritt unter expliziter Bezugnahme auf die Kampagne »Wir sind Deutschland« die Behauptung aufgestellt, »jeder Bürger dieses Landes, jeder auf seine Weise« sei »Deutschland«. Aber der Deutsche Bundestag müsse es »auf ganz besondere Weise sein.« Er müsse »diesen Anspruch im Alltag einlösen.«
7. Gegen diese sozusagen hohheitlich ex cathedra vorgenommene Begriffsverwirrung stellen wir fest: »Deutschland« ist weder jeder Bürger »auf seine Weise«, noch per »Anspruch« der Deutsche Bundestag. Jeder Bürger »auf seine Weise« ist nicht »Deutschland«, sondern deutsches *Individuum*, und alle zusammen sind die deutsche *Bevölkerung im soziologischen Sinn*. Aber auch das Parlament kann auf diesen Begriff keinen »Anspruch« erheben. Es ist vielmehr vom Volk gewähltes, nach dem Grundgesetz Art. 20 Abs. 2 vom Volk mit der parlamentarischen Legislative beauftragtes »besonderes Organ«, nicht eine Art Ersatzsouverän.
8. Insofern gibt es nur *eine* Instanz, die sich mit »Deutschland« als mit dessen *politisch-rechtlichem Begriff* identifizieren darf. »Wir sind Deutschland«: das kann legitimerweise nur bedeuten, dass mit »Wir« das Volk, die Rechtsgemeinschaft, nicht nur *in statu potentiae* [passiv], sondern auch als *tätiger* Gesetzgeber, also *in statu actu*, darin je und je seine lebendige Identi-

tät bildend, definiert ist. Das ist es, was uns »zusammenhält«, uns überhaupt erst *als Staat im Sinn einer Nation der Moderne konstituiert*.

9. Ohne die Möglichkeit dieser Aktivität an ihrem Sozialpol wird die Gesellschaft immer in der Gefahr sein, dass die Aktivitäten am Individualpol das Gemeinwesen zersplittern, atomisieren, es den partikularen Interessen des Eigenseins und -nutzes unterwerfen, anstatt – politisch vermittelt durch die stetige Aktualisierung der Gemeinwillens – im Zusammensein und Zusammenwirken dem Gemeinwohl zu dienen. Dieses Recht des Volkes ist, wie schon *Rousseau* erkannte, unveräußerlich, d. h. auch nicht auf die *Volksvertretung* übertragbar, ohne zu verduften

10. Ein diesbezüglicher Anspruch, wie – und habe er es noch so dienend gemeint – Norbert Lammert ihn erhoben hat, bedeutet faktisch die Usurpation des vornehmsten Rechtes der Rechtsgemeinschaft durch ein Organ der abgeleiteten »Staatsgewalt«. Es verkommt damit zu einer Erscheinungsform des »vormundschaftlichen Staates«, die sich nicht verträgt mit dem *Selbstbestimmungsrecht* einer emanzipierten demokratischen, zeitgemäßen Gesellschaft - wie es umgekehrt im Widerspruch zur Freiheitsmaxime dieser Gesellschaft stünde und einem autoritären Staatstypus eigene Züge zuließe, wenn der Sozialpol das initiative Wirken der individuellen Fähigkeiten reglementieren und steuern wollte.

11. Die Kampagne »Wir sind Deutschland« will eine gesellschaftliche Besinnung und Debatte über diesen Zusammenhang impulsieren. Mit einer *Petition* an den Deutschen Bundestag ist die Forderung verbunden, entsprechend einem darin eingeschlossenen Vorschlag zur Regelung der *dreistufigen Volksgesetzgebung*, das Grundgesetz – nach mehreren gescheiterten Versuchen seit den achtziger Jahren – jetzt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zu ergänzen und damit einen wichtigen Beitrag dafür zu leisten, dass das Volk der Bundesrepublik sein Schicksal im 21. Jahrhundert immer dann, wenn es nach den zu bestimmenden Regeln für erforderlich gehalten wird, in die Hand des Gemeinwillens nehmen, d. h. die Richtlinien der Politik des Landes selbst bestimmen kann. Das erscheint unter den Bedingungen einer Regierung der großen Koalition dringender – aber auch möglicher – denn je, wenn sich alle Kräfte, die, ob Koalition ob Opposition, in den Parteien guten Willens sind, vereinen.

12. Für den Erfolg der Kampagne ist es nun freilich entscheidend, ob genügend viele der einzelnen Bürgerinnen Bürger in Deutschland mit ihrer persönlichen Willensbekundung das Ziel und auch die von der Initiative »Wird sind Deutschland« geforderten *Kriterien für die Ausgestaltung der dreistufigen Volksgesetzgebung* verbinden, dass auch der parlamentarische Gesetzgeber zustimmen wird. *Zwei Schritte* sollen das ermitteln:

- Mit dem *ersten Schritt* kann jede/r Stimmberechtigte die Kampagne mit seiner persönlichen *Willensbekundung* unterstützen. Vorgesehen ist dafür die Möglichkeit der Beteiligung hier [[>>> zur Willensbekundung](#)] bzw. an anderen öffentlichen Stellen. Damit dieser Prozess kräftig in Schwung kommt, bitten wir alle, die das Ziel bejahen, das ihnen Mögliche zur Verbreitung der Homepage der Kampagne [<http://www.wirsinddeutschland.org/>] beizutragen]. Außerdem wollen wir Anzeigen in der Presse, Spots im Fernsehen und Kino und Informationen bei entsprechenden Anlässen im Showgeschäft publizieren und hoffen dafür auf die Unterstützung auch all derjenigen, die sich schon für »du bist deutschland« engagiert haben. Je eher und je mehr Willensbekundungen einlaufen, desto besser werden die Aussichten sein, das Ziel zu erreichen. Ab der ersten Million werden die Willensbekundungen dem Deutschen Bundestag vorgelegt.
- Der *zweite Schritt* ist eingeleitet mit der *Petition »Wir sind Deutschland«* an den Bundestag. Sie verlangt ein Gesetz zur Regelung der dreistufigen Volksgesetzgebung nach bestimmten Kriterien. Über dieses Gesetz, so die Forderung der *Petition*, soll – nach einigen Monaten der gesellschaftlichen Information und Diskussion über das Für und Wider der Sache – der Souverän mit einer Volksabstimmung entscheiden.